

Dossier 2: "Privatisierung - schlägt das Pendel zurück?" SGVW-Jahrestagung, Donnerstag 03. Juli 2003 in Winterthur

Die Rolle des Staates nach der „Privatisierungswelle“

Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Universität Fribourg

Nach der Privatisierung öffentlicher Unternehmungen spielt der Staat eine wichtigere Rolle als zuvor. Während seine Rolle in Staatsbetrieben einigermaßen wohldefiniert ist und die vorteilhaften Führungsstrukturen mehr oder weniger bekannt sind, wächst nach der Privatisierung das Spektrum möglicher staatlicher Einflussnahmen, und die vorteilhaften Führungsstrukturen sind weniger bekannt und müssen zuerst ausprobiert und erforscht werden. Die Rolle des Staates wird insbesondere in zweierlei Hinsicht gewichtiger:

1. Der Staat greift nach der Privatisierung massiv in die „Märkte“ ein. Denn erstens waren die früheren Staatseingriffe nicht einfach beliebig, sondern oft von Probleme getrieben, die auch heute noch in ähnlicher Form existieren (insbesondere Externalitäten und natürliche Monopole). Folglich wird die Rolle des Staates als Regulator wichtiger. Zweitens waren die Eingriffe endogen gegenüber dem politisch-ökonomischen Prozess und durch Partialinteressen getrieben. Die gleichen Interessen versuchen aber weiterhin, durch staatliche Eingriffe Einfluss zu nehmen.
2. In vielen Fällen muss der Staat nach der Privatisierung öffentliche Aufträge vergeben. Doch die Bereitstellung öffentlicher Leistungen durch Aufträge ist in gewisser Weise komplexer als die Produktion solcher Leistungen. Zudem ist sie anfällig auf neue Probleme wie Bieterkartelle und Korruption.

Aus beidem folgt, dass die Rolle des Staates neu definiert werden muss. Dabei ist die entscheidende Frage nicht „mehr oder weniger Staat?“, sondern „welcher Staat?“ Der heute oft gewählte Weg von unabhängigen, von der Regierung oder dem Parlament delegierten Regulierungsinstitutionen leiden an grundsätzlichen Mängeln, insbesondere an einem schwerwiegenden Demokratiedefizit.

Aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie gilt es, den Einfluss der Bürger zu erhalten und wenn möglich zu stärken. Dazu dienen wenigstens vier Institutionen: Unabhängige, direkt vom Volk gewählte Regulierungsbehörden; direkt-demokratische Entscheidungen über die Vergabe von staatlichen Aufträgen; die Etablierung von Zweckgemeinden (oder sog. FOCJ von Functional, Overlapping and Competing Jurisdictions), die sich auf die Erbringung einzelner oder mehrerer staatlicher Funktionen spezialisieren und über eigene (direkt)-demokratische Institutionen und Steuerhoheit verfügen; die Deregulierung der Politik (insbesondere dem Abbau protektionistischer Barrieren im „Markt für Politik“), die den politischen Wettbewerb stärkt und den Politikern und Parteien stärkere Anreize gibt, im Sinne der Bürger und der schwach organisierten Interessen, insbesondere den Konsumenten und Steuerzahlern, zu politisieren.